


Interview

„Umbau ohne Angst“ – der Ökonom Thomas Straubhaar fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Die Mainstream-Volkswirte verbreiten mit der ermüdend phantasielosen Behauptung, nur die Senkung der Löhne und der Abbau sozialer Leistungen könne den Exportweltmeister Deutschland noch vor dem wirtschaftlichen Untergang retten, zunehmend Angst und Schrecken. Viele so genannte Sozialexperten knüpfen daran an und verbreiten die ebenso absurde These, nur durch weitere Repressionen und „Zumutungen“ gegenüber Erwerbslosen und den Zwangs zur Arbeit seien die mit der Massenarbeitslosigkeit verbundenen Probleme zu lösen. Thomas Straubhaar schlägt da andere Töne an. In einem ausführlichen Interview mit Günter Sölken, Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen, betont er zum Einen, dass es ihm mit einer bedingungslosen Existenzsicherung durch ein Grundeinkommen, das an keine Voraussetzungen und Gegenleistungen gekoppelt ist, wirklich ernst ist. Zum Anderen verhehlt er aber auch nicht, dass ein solches Grundeinkommen seiner Meinung nach nur bei einem gleichzeitigen Abbau nahezu aller anderen sozialer Leistungen möglich, sprich: finanzierbar ist. Dieser Ansatz ist bei vielen Grundeinkommens-Befürworter ebenso sehr umstritten, wie die geringe Höhe des von Straubhaar vorgeschlagenen Grundeinkommens.

Mit dem nachfolgenden Gespräch mit Thomas Straubhaar startet die Redaktion des Newsletters eine Interview-Reihe, in der die Standpunkte prominenter oder besonders prononcierter Befürworter und Kritiker der Grundeinkommensidee kritisch hinterfragt und beleuchtet werden sollen. Die Redaktion hofft darauf, hiermit einen Beitrag zu einer fairen, sachkundigen und kontroversen Diskussion in- und außerhalb des Netzwerks Grundeinkommen zu leisten.

Interview Newsletter Grundeinkommen mit Prof. Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts

 **Herr Prof. Straubhaar, unter den tonangebenden Volkswirten in Deutschland sind Sie der erste und bislang einzige, der für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wirbt. Wie begründen Sie Ihre Forderung und wie kommen Sie zu einer so anderen Auffassung als Ihre Kollegen.**

Straubhaar: In den meisten Punkten bin ich mit meinen Kollegen durchaus einig. Wir haben einen recht breiten Konsens, dass die von der Regierung eingeleiteten Reformen schneller vorankommen müssten und radikaler angelegt sein sollten. Im Mittelpunkt des Problems steht für mich das im Kern auf Bismarck zurückgehende System der sozialen Sicherung, das den heutigen Herausforderungen nicht mehr gerecht wird. An diesem System festzuhalten und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft herzustellen ist fast so unmöglich, wie einen Hochgeschwindigkeitszug auf den alten Gleisen der Reichsbahn fahren zu

lassen. Deshalb bin ich für einen schrittweisen Systemwechsel bei der sozialen Sicherung zu einer nahezu vollständigen Steuerfinanzierung. Hier kommt das Grundeinkommen ins Spiel. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre ein deutliches Signal, dass die Sozialstaatsverpflichtung ohne jedes Wenn und Aber weiter gilt und niemand sozial und wirtschaftlich ausgeschlossen wird. Die Politik und den Unternehmen würden hierdurch neue Handlungsfreiräume erhalten, die heute so nicht gegeben sind, und das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger würde gestärkt.



Ihre Kollegen sind da grundsätzlich anderer Auffassung. Von fast allen wird die Einführung eines Grundeinkommens als ein falscher Ansatz und als nicht finanzierbar bezeichnet. Andererseits werden Sie von den Grundeinkommensbefürwortern verdächtigt, die Idee für einen neoliberalen Sozialabbau zu missbrauchen. Die von Ihnen vorgeschlagene Höhe von 625 € würde allenfalls eine Existenzsicherung und damit einen Ausschluss weiter Bevölkerungsteile von einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe festschreiben. Scheinbar zumindest haben Sie sich mit Ihrer Auffassung zwischen alle Stühle gesetzt.

Straubhaar: Vielleicht sollten wir Etiketten wie „neoliberal“ hier bei Seite lassen. Solche Etiketten führen leicht dazu, dass man sich auf Nebenschauplätzen um unterstellte Absichten zankt. Das stört oder verhindert gar eine sachliche und faire Diskussionsatmosphäre, bei der es um Inhalte und Wirkungen gehen sollte. Die von mir genannte Summe von 625 € ist lediglich das Ergebnis einer Division der derzeitigen Sozialausgaben durch die Bevölkerungszahl und zeigt, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen in dieser Höhe schon heute finanzierbar wäre. Ich habe nie gesagt, dass das Grundeinkommen nicht höher ausfallen dürfte. Darüber hat die Politik unter Berücksichtigung der Einnahmesituation, also der Finanzierbarkeit, und mit Blick auf die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu entscheiden. Im Übrigen ist die Summe keineswegs unbeachtlich. Eine vierköpfige Familie käme damit alleine schon durch das ohne eignes Dazutun erhaltene Grundeinkommen auf ein Familieneinkommen von 30.000 € im Jahr, also weit mehr, als heute in manchen Berufsgruppen zu verdienen ist.

Bereits von einem Grundeinkommen in dieser Höhe würde eine positive und entspannende Wirkung auf die sozial- und wirtschaftspolitische Debatte ausgehen, die derzeit durch die Missbrauchsvermutung sozialer Leistungen auf der einen Seite und angedrohten Zumutungen gegenüber dem Kreis der Betroffenen geprägt ist. Derzeit muss jeder, der nach Ablauf des ALG1 in die Situation kommt, weitere Hilfen in Anspruch nehmen will, die in den Hartz-Gesetzen vorgeschriebenen Antragsprozeduren durchstehen, den Nachweis der Bedürftigkeit erbringen, seine Vermögensverhältnisse und die des Ehe- oder Lebenspartners offen legen und vor allem zunächst Angespertes verbrauchen. Das wird von den Betroffenen als unzumutbar und ungerecht empfunden. Demgegenüber wäre das von mir vorgeschlagene Grundeinkommen, weil es eben bedingungslos gewährt und nicht einmal beantragt werden muss, ein gewaltiger Fortschritt. Für mich ist die Grundeinkommensdebatte nicht nur eine sozial- und wirtschaftspolitische Kontroverse, vielmehr geht es hier für mich auch um die individuellen Freiheitsrechte, also ein Kernthema der Wertedebatte in unserer Gesellschaft.



So freundlich das klingen mag, Tatsache ist doch aber auch, dass Sie gleichzeitig vorschlagen, die bislang paritätisch von Arbeitge-

bern und Arbeitnehmern finanzierte Sozialversicherung, also Kranken-, Renten-, Pflege und Arbeitslosenversicherung abschaffen wollen. Das hört sich nun wieder stark nach Sozialkahlschlag und einem Staatsgeschenk für die Unternehmen an, für die die breite Masse die Zeche zahlen müsste.

Straubhaar: Viele haben leider immer noch nicht verstanden, dass die Lohnfinanzierung der Sozialversicherungen der Jobkiller Nr. 1 ist, mehr noch als die Globalisierung und dass selbst viele technologisch motivierte Rationalisierungen die Folge der hohen Lohnnebenkosten sind. Die Lohnnebenkosten sind im internationalen Vergleich in Deutschland viel zu hoch. Unternehmen, denen das möglich ist, verlagern deshalb ganze Produktionszweige in Länder, wo diese Kosten niedriger sind. Und die Unternehmen, die das nicht können, viele kleine und mittelständische Unternehmen, haben das Nachsehen und werden parallel zur Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Jobs mit tendenziell immer höheren Beitragsätzen belastet.

Wie eng Arbeitnehmer und Arbeitgeber hierbei in einem Boot sitzen, zeigt auch die Netto-Lohnentwicklung. Von den Tariferhöhungen, die die Gewerkschaften heute noch durchsetzen können, bleibt den Beschäftigten nach Abzug aller Abgaben doch kaum noch etwas in den Taschen. Tarifaueinandersetzungen bekommen dadurch fast den Charakter von Scheingefechten.

Oder ein anderes Beispiel: Stellen Sie sich vor, ein Unternehmen will einem Mitarbeiter, sei es als Teuerungsausgleich oder Leistungsbelohnung, nur 150 € netto mehr zukommen lassen, so muss er dafür brutto in der Regel das Doppelte aufwenden. Der Anteil, der an einer solchen Bruttolohnerhöhung an den Fiskus und die Sozialversicherungen geht, ist viel zu hoch und davon sind beide Seiten betroffen.



Aber Sie fordern auch, die gesetzliche Arbeitslosen- und Altersversicherung und den Kündigungsschutz mittelfristig gänzlich abzuschaffen. Ein niedriges Grundeinkommen kann diesen Verlust an sozialer Sicherheit doch niemals ausgleichen. Folglich wird die Angst vor Kündigungen noch weiter zunehmen.

Straubhaar: Das Gegenteil ist richtig. Wir müssen die Mindestsicherung zum Lebensunterhalt vom Arbeitsverhältnis entkoppeln. Arbeit wird in Zukunft so oder so eine völlig neue Rolle spielen und die lebenslange Beschäftigung wird so oder so die Ausnahme werden. Zudem soll an die Stelle der Arbeitslosenversicherung und des Kündigungsschutzes eine betrieblich festgelegte Abfindungsregelung treten und diese Zahlung käme dann zum bedingungslosen Grundeinkommen ohne Lohnnebenkosten und nur mit einem Steuerabzug hinzu.

Im Übrigen bin ich der Auffassung, dass die soziale Verunsicherung kaum schlimmer sein könnte, als sie heute bereits ist. Das betrifft nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Menschen in den Betrieben. Hier hat sich tatsächlich ein Klima der Angst ausgebreitet; der Angst, entweder durch eine Unternehmenspleite oder bei der nächsten Rationalisierungswelle den Arbeitsplatz zu verlieren. In Form seelischer und körperlicher Krankheiten belastet das die Arbeitnehmer und darunter leidet auch die Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Um dieser Angst zu begegnen, muss die soziale Existenz in jedem Fall gesichert sein. In diesem Sinne verstehe ich die Einführung eines Grundeinkommens im Kontext mit einem Umbau der Sozialsysteme auch als eine Art Gesamttherapie für Staat

und Gesellschaft, eines Antidepressivums, um die in der Tat schwierige Situation des stattfindenden Umbruchs beherzt statt voller Angst angehen zu können.



Im Gegensatz zu anderen Grundeinkommensbefürwortern, etwa Götz Werner, halten Sie überhaupt nichts davon, den wirtschaftlichen Aufschwung durch eine nachfrageorientierten Politik zu forcieren. Ihre Kritiker fürchten nun sogar, dass Sie letztlich einer schleichenden Einführung von Kombilöhnen und einer weiteren Absenkung der Löhne das Wort reden. Zudem, wie sieht es mit der Krankenversicherung aus? Müssten die Bürgerinnen und Bürger nach Ihrem Modell diese Kosten selbst und allein tragen?

Straubhaar: Nun, zur Krankenversicherung kann ich mir vorstellen, dass sie nicht auf das Grundeinkommen angerechnet werden muss. Hier plädiere ich für staatlich finanzierte Leistungsschecks für eine Grundversicherung, die alle bei jeder Krankenversicherung einlösen können.

Und zum allgemeinen Teil Ihrer Frage: Bei einem zu hohen Grundeinkommen, das schließlich durch Steuern zu finanzieren wäre, - z.B. den von Götz Werner genannten 1.500 € - würde die Staatsverschuldung noch weiter ansteigen. Das löst keine Probleme, sondern schafft nur neue.

Was die Befürchtung einer schleichenden Kombilohneinführung angeht, so meine ich, dass dies gerade die gegenwärtige Entwicklung kennzeichnet. Ob es offiziell zur Einführung eines Kombilohns kommt, ist dabei nicht so entscheidend. Bereits die heute gegebenen Zuverdienstmöglichkeiten zum ALG II begünstigen einerseits die Beschäftigung vieler Betroffener zu Niedrigststundenlöhnen und andererseits fördert die Ineffizienz der heutigen Arbeitsmarktpolitik die heute in Deutschland am weitesten verbreitete Form der Kombilöhne, nämlich die Schwarzarbeit.

Die Befürworter einer nachfrageorientierten Strategie hoffen darauf, dass höhere Realeinkommen und mehr Kaufkraft automatisch zu mehr Arbeitsplätzen führen. Das ist aber keineswegs zwingend. Das wäre nur richtig, wenn wir noch wie vor hundert Jahren in weitgehend geschlossenen Volkswirtschaften leben würden und ein patriotisches Kaufverhalten wie ein „buy American“, also eine gezielte Nachfrage nach hier bei uns produzierten Gütern gelten würden. Tatsächlich ist aber doch davon auszugehen, dass die Kaufentscheidungen sich nach dem Preis richten und dabei werden viele ausländische Anbieter aufgrund der niedrigeren Produktionskosten bei einer nachfrageorientierten Politik weiter die Nase vorn haben.

Ich bleibe deshalb bei meiner Auffassung, dass im Interesse der Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze, für die wir ja auch zur Finanzierung des Grundeinkommens angewiesen sind, eine Senkung der Brutto-Lohnkosten erforderlich ist. Dazu ist der Umbau des Sozialstaats auf eine Steuerfinanzierung erforderlich.

Ich glaube auch nicht, dass dadurch ein unerträglicher Druck auf die realen Löhne entstehen würde. Im Gegenteil. Mit einem steigenden Jobangebot würde auch wieder die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerseite gestärkt, die dann – in Verbindung mit einem Grundeinkommen – in einer besseren Position wäre, so-

wohl ihre Gehaltsvorstellungen als auch individuelle Arbeitszeitmodelle, z.B. für mehr Teilzeitarbeit, durchzusetzen.



Herr Straubhaar, wie an anderer Stelle schon zu lesen war, kritisieren Sie aber auch, dass der deutsche Fiskus den Unternehmen im internationalen Vergleich zu tief in die Tasche greift. Wie soll nach Ihrem Modell die Einführung eines Grundeinkommens und der steuerfinanzierte Umbau des Sozialsystems finanziert werden?

Straubhaar: Ich denke, mit einer Mehrwertsteuer in Höhe von 25 % ergänzt durch eine Flattax für alle Einkommen unabhängig der Quelle, also sowohl Löhne wie Zinsen, Dividenden oder Mieten. Einzig das Grundeinkommen bliebe steuerfrei. Zunächst wird dies zur Folge haben, dass die Steuer- und Soziallasten deutlich gerechter verteilt werden. Indem Subventionen und Ausnahmeregelungen gestrichen werden, würde sich kein Unternehmen mehr vor dem Fiskus arm rechnen können. Und vor allem würden die Unternehmen bei den Sozialkosten, die ja in der allgemeinen Steuer enthalten wären, nicht mehr nach der Zahl der Beschäftigten, sondern gemessen an ihrer Wirtschaftskraft belastet. Dies würde gerade bei den mittelständischen und kleinen Unternehmen das Entstehen neuer Arbeitsplätze begünstigen und wiederum Steuereinnahmen produzieren. Darüber hinaus sollte es zur Selbstverständlichkeit werden, dass staatliche Leistungen auch nach dem Maßstab der Inanspruchnahme bezahlt werden müssen. Das beträfe zum Beispiel die Straßennutzung, den Einsatz der Polizei bei Großveranstaltungen oder Studienplätze.



Wenn Sie von einem bedingungslosen Grundeinkommen von der Wiege bis zur Bahre sprechen, soll das dann auch heißen, dass es für alle Altersgruppen die selbe Höhe haben soll?

Straubhaar: Ja. Es spricht aber nichts dagegen, dass der Staat darüber hinaus geht und normativ gewünschte lenkende Zusatztransfers vornimmt. Nehmen Sie zum Beispiel das für die zukünftige Rolle Deutschlands entscheidende Thema Bildung. In kaum einem anderen Land Europas ist dieses Thema mehr in der Diskussion und in kaum einem anderen ist die Durchlässigkeit des Bildungssystems geringer als hier. Es wäre hier für mich vorstellbar, dass Kinder und Jugendliche und später Studierende zusätzlich Betreuungs- bzw. Ausbildungsschecks erhalten, die bei Einrichtungen ihrer Wahl eingelöst werden können: angefangen von der Kinderkrippe bis zur Universität. Auf diese Weise könnte dreierlei erreicht werden: 1. beginnend beim Recht auf einen Kindergartenplatz bis zu den Unis würden wir hier eine weitere, nachfrageorientierte Säule zur Finanzierung des Systems einziehen; 2. würde dies zu einem stärkeren Wettbewerb zwischen den Bildungsträgern, freien und privaten eingeschlossen, führen, von dem Kinder, Schüler und Studierende enorm profitieren würden; 3. halte ich dies mit Blick auf das Recht auf gleiche Bildungschancen, z.B. in Zusammenhang mit der Einführung von Studiengebühren für den richtigen Weg.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenblick noch einen Blick auf das unzureichende Angebot von Ausbildungsplätzen werfen. Derzeit wird hierzu wieder eine heftige Debatte geführt, die im x-ten Jahr hintereinander mit den gleichen Argumenten und den gleichen Instrumenten, sprich Appellen und angedrohten Sanktionen, geführt wird. Und beide haben in der Vergangenheit nicht zu den gewünschten Effekten geführt.

Wenn es nun so ist, wovon ich felsenfest überzeugt bin, dass ein qualifizierter Ausbildungsplatz für einen Real- oder Hauptschulabsolventen für sein zukünftiges Leben einen ebenso hohen Stellenwert hat wie Studienplätze für Abiturienten, dann muss ich mich fragen, warum hier so unterschiedliche Maßstäbe angewandt werden. Studierende erhalten bis anhin höchstens BAFÖG und müssen bald einmal richtigerweise Studiengebühren bezahlen. Ganz anders stellt sich die Situation der Auszubildenden dar. Wenn sie einen Ausbildungsplatz erhalten, bekommen sie von diesem Moment an ein eigenes Erwerbseinkommen. Das heißt, der Lehr- und Ausbildungsbetrieb muss dafür, dass er eine Ausbildungsverpflichtung übernimmt, auch noch – und zwar nicht wenig – bezahlen. Da die tatsächliche Arbeitsleistung der Auszubildenden naturgemäß eine eingeschränkte und die Ausbildung kosten- und zeitintensiv ist, kann es nicht verwundern, dass sich viele Betriebe hierzu in einer wirtschaftlich angespannten Situation nicht in der Lage sehen. Bei einem Grundeinkommen würde auch hier der Ausbildungslohn geringer und somit der Wille, Jugendliche auszubilden, größer.



Herr Straubhaar, was muss geschehen, damit die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens eine Chance bekommt?

Straubhaar: Dafür ist – mehr als alles andere – die Bereitschaft zum Tabubruch erforderlich. Das eine Tabu ist die Vorstellung, das nur jene einen Anspruch auf finanzielle Leistungen und ein menschenwürdiges Leben haben, die dafür eine Erwerbsarbeit leisten, bzw. den Nachweis erbringen, dass sie bereit sind, jede zumutbare Arbeit anzunehmen.

Das andere Tabu besteht in dem starren Festhalten vieler an den überkommenen Strukturen unserer sozialen Sicherungssysteme. Wir müssen alle erkennen, dass dieses System, das in der Vergangenheit sicherlich das Rückgrat der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft war, heute nicht mehr das richtige ist. Hier ist die Einsicht aller erforderlich, dass eine Modernisierung und ein Umbau unausweichlich sind.



Herr Straubhaar, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Günter Sölken, Mitglied im SprecherInnenkreis des Netzwerks Grundeinkommen